

„In Gesprächen war politische Kultur im Landtag zu spüren“

„Spurensuche“ lautete der Titel einer von Landtagspräsident Ulrich Schmidt mit einer Rede eröffneten Ausstellung, mit der die Bischöfliche Aktion „Adveniat“ Ende April bis Anfang Mai im Landtag ihre Arbeit in Lateinamerika dokumentiert hat. Zu dieser Veranstaltung erreichte den Präsidenten folgendes Schreiben eines Pensionärs, der ehrenamtlich für katholische Verbände in den neuen Bundesländern aktiv ist. Hier die Wiedergabe des Briefs in Auszügen:

„Herzlichen Dank für Ihre engagiert vortragene, eindrucksvolle Eröffnungsrede. Es erscheint gerade heute durchaus nicht so selbstverständlich, wenn der Landtagspräsident parteiübergreifend die beachtliche Leistung aus christlicher Sicht und sozialer Verantwortung der deutschen Katholiken für Lateinamerika deutlich aufzeigt. Gerade dies bestärkt uns auch in der Auffassung, bei allen parteipolitischen Unterschieden, wie notwendig und wichtig soziales Engagement ist.

Bürgerschaftliches Engagement beginnt schon damit, seiner Pflicht mit dem Gang zur Wahlurne nachzukommen. Uns lehrt die Geschichte, dass nur eine starke, demokratische Gesellschaft die Gewähr, die verlässliche Basis dafür bieten kann, dass eine dauerhaft und erfolgreiche Arbeit wie eben die 40 eindrucksvollen Jahre von Adveniat gelingen kann.

Leider wird dies von jenen übersehen, die von Politikverdrossenheit lauthals reden, sich aber von aktiver Mitarbeit wie auch immer gezielt fernhalten. Es darf eben einen nicht entmutigen.

In Ihrer Ansprache konnten wir den gegenseitigen Respekt, die demokratische Kultur im Landtag ebenso spüren wie in den von uns geführten unterschiedlichen Einzelgesprächen — auch dafür gebührt Ihnen unser Dank.“

Hubert A. Wolff Köln

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
Redaktion: Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin), Jürgen Knepper (Chef vom Dienst), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Fotoredaktion: Bernd Schälte, Telefon (02 11) 8 84 23 03, 8 84 23 04, 8 84 25 45 und 8 84 23 09, FAX 8 84 30 22

Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Rimmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Norbert Neß (CDU), Pressesprecher; Michael Block (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung und Versand: Triltsch Druck und Verlag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26
ISSN 0934-9154
Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

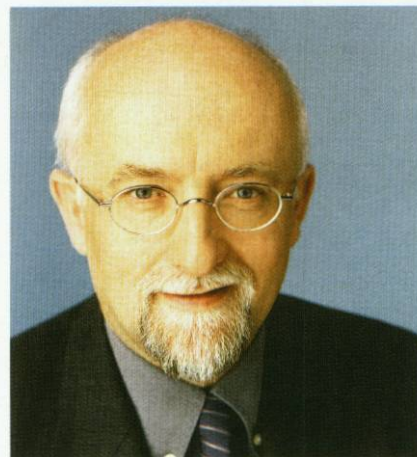
Porträt der Woche

Er pflegt viele internationale Kontakte — nach Osteuropa ebenso wie zu zahlreichen so genannten Entwicklungsländern und zu UNO-Organisationen: Bernhard von Grünberg. Der SPD-Landtagsabgeordnete aus Bonn sieht seine Aufgabe in der Politik, „Praktisches zu tun“, überall dort mitzuhelfen, wo Menschen in Not sind. Als „Flüchtlingskind“ 1945 in Halle/Saale geboren — sein Vater war Rektor der Universität Königsberg, prägen die Erlebnisse der ersten Nachkriegsjahre bis heute den Juristen.

Nach dem Studium der Betriebswissenschaft und Jura an den Universitäten Bochum, Genf und Bonn widmete sich der Anwalt vor allem dem damals neu eingeführten Mietrecht, hielt auch Sprechstunden für Ratsuchende ab. Sie sind inzwischen zu einer unentbehrlichen Einrichtung im Rathaus geworden. Der Beweis: Wöchentlich 30 bis 40 Mitbürger nehmen sie in Anspruch, heute insbesondere Sozialhilfeempfänger und Menschen ausländischer Herkunft. Seit 1984 ist Bernhard von Grünberg auch Geschäftsführer des Mietervereins für Bonn-Rhein-Sieg-Ahr, der inzwischen 22 000 Mitglieder zählt.

Der SPD schloss sich der Jurist 1971 an und betätigte sich kommunalpolitisch zunächst als sachkundiger Bürger. Dem Rat der Stadt Bonn gehörte der Sozialdemokrat von 1975 bis 1999 an, wo er als Sprecher seiner Fraktion im Ausschuss für Sozial- und Wohnungswesen auf Grund seiner Erfahrungen Akzente setzte. Zwischen 1984/99 war er auch Mitglied der Landschaftsversammlung Rheinland. Nach zwei vergeblichen Anläufen holte er bei der letzten Landtagswahl 2000 den Wahlkreis Bonn II erstmals für die SPD.

Die Fraktion berief den Bonner Abgeordneten in den Innen-, den Rechtsausschuss sowie in den Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik. Außerdem ist er Mitglied der Enquetekommission „Zukunft der Städte“. Im Innenausschuss richtet sich das Augenmerk des Parlamentariers auf das Ausländerrecht, auf eine bessere Rechtsstellung und eine Integration der Zuwanderer. In diesem Zusammenhang engagiert er sich auch als stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Stiftung der UNO-Flüchtlingshilfe für die Opfer kriegerischer Auseinandersetzungen, wie jetzt in Afghanistan. Im



Bernhard von Grünberg (SPD)

Rechtsausschuss widmet sich Bernhard von Grünberg insbesondere dem Strafvollzug, besucht häufig die Gefängnisse und kümmert sich um Abschiebebehäftlinge.

Auch über den Europa- und Eine-Welt-Ausschuss pflegt der Abgeordnete zahlreiche internationale Kontakte und als stellvertretender Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft engagiert er sich für die Osterweiterung der EU. Zu den internationalen Aktivitäten des Bonners zählt auch die Pflege der Städtepartnerschaft mit Kaliningrad. Schließlich gehört er dem Fachbereich Süd der Heinrich-Böll-Stiftung an.

Bernhard von Grünberg ist gern Abgeordneter, „weil man als Politiker ein sehr selbstbestimmtes Leben hat“. Und auch sein persönlicher Werdegang gebietet es ihm, sich nicht in vermeintliche Hierarchien einzuordnen. So gehört er jener Gruppe junger Abgeordneter in der SPD-Fraktion an, die im Mai letzten Jahres gegen deren Vorstand aufbegehrten und eine Gesamtstrategie vermissen.

Überhaupt müsse nach seiner Auffassung die Arbeit im Parlament wie in den Ausschüssen effektiver gestaltet werden. Und auch die „Streitkultur“ im Düsseldorf-Landtag sollte „mehr sachbezogen und weniger polemisch“ sein. Das würde die Stellung des Parlamentes gegenüber der sehr starken Position der Regierung aufwerten.

Bei einem solchen großen Aktionsradius wird die Freizeit des Kunstliebhabers und -sammlers klein geschrieben. Und die wenigen Stunden genießt er im Kreise von Freunden.

Jochen Juretko

Zwischenbilanz der Freiwilligenzentralen

Im Rahmen der seniorenpolitischen Rahmenkonzeption hat das Land NRW zur Unterstützung und Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements schwerpunktmäßig ab Mitte 1999 Freiwilligenzentralen modellhaft gefördert. Da zwölf der 19 Förderungen in diesem Jahr ausliefen, hat die CDU-Abgeordnete Gabriele Kordowski nach den Erfahrungen und Perspektiven der Agenturen gefragt.

In ihrer Antwort (Drs. 13/2566) auf die Kleine Anfrage der CDU-Abgeordneten teilt Familienministerin Birgit Fischer (SPD) mit, die

Zentralen hätten in ihrer Region einen hohen Bekanntheitsgrad erreicht. Die Agenturen beschränkten sich nicht allein auf die Funktion der reinen Vermittlungsagentur; auch die Initiierung und Unterstützung von Projekten und Beratung von Organisationen und Einrichtungen stünden im Vordergrund. Es gebe noch keine gesicherten Erkenntnisse, bei welchen der Freiwilligenzentralen mit auslaufender Landesförderung das Weiterbestehen auch zukünftig gesichert sei. Fischer: „Die entsprechenden Entscheidungsprozesse auf kommunaler Ebene sind noch nicht abgeschlossen.“